

„Die Ackerfläche ist biologisch fast tot“

Vorsitzender der Naturschutzgruppe Espenau hält Kita-Neubau am Bruchfeldweg für sinnvoll

VON AMIRA EL AHL

Espenau – Steht man bei Theo Grimm im Garten, dann summt, brummt und zwitschert es, was das Zeug hält. Ein kleines Paradies für Insekten, Bienen und Vögel aller Art. Steht man hingegen an den landwirtschaftlichen Flächen östlich und westlich des Bruchfeldwegs in Espenau-Mönchehof, hört man nichts. „Das ist industrielle Landwirtschaft und Ackerfläche, die biologisch fast tot ist“, sagt Grimm. Nahrung finden Insekten, Bienen und andere Tiere hier kaum.

Deshalb ärgert es den Vorsitzenden des Espenauer Naturschutzvereins Salix auch so sehr, dass die Initiatoren des Bürgerbegehrens gegen das Neubaugebiet am Bruchfeldweg argumentieren, dass hier mit einem Kindergarten-Neubau ökologisch wertvolle und fruchtbare Ackerfläche versiegelt würde. Diese Argumentation sei „eine Instrumentalisierung, genauer ein Missbrauch, ökologisch ausgerichtet grünpolitischer Argumente“, sagt Grimm.

Dabei richtet sich das Bürgerbegehren gar nicht gegen den Kindergarten-Neubau, versichert Martina Semdner. „Das Bürgerbegehren richtet sich ganz allein gegen das geplante Baugebiet“, sagt die Mitinitiatorin des Bürgerbegehrens. „Wir haben innerhalb von elf Jahren schon neun Baugebiete erschlossen, wie weit soll das noch gehen?“, fragt Semdner. Daher



Hier soll der neue Kindergarten entstehen: Für Theo Grimm, Vorsitzender des Espenauer Naturschutzvereins Salix, wäre das für die Natur und die Kinder ein Gewinn.

FOTO: AMIRA EL AHL

richtet sich das Bürgerbegehren gegen eine weitere Versiegelung von fruchtbaren Ackerflächen, die als Kohlenstoffspeicher dienen.

Doch genau dieses Argument macht den Vorsitzenden des Naturschutzvereins besonders wütend. „Da stehen mir die Haare zu Berge“, sagt der studierte Chemiker und Biologe. „Die Argumentation mit der Kohlenstoffspeicherung der Ackerflächen und der Verweis auf den Klimawandel sind absurd.“ Man könne diese Argumenta-

tion noch gelten lassen, wenn es sich um ein Moor, eine Feuchtwiese oder wenigstens um einen Wald handeln würde. „Der Kohlenstoffgehalt in den Böden bei dieser landwirtschaftlichen Praxis ist ohnehin schon minimal, obendrein wird der Kohlenstoff dann noch oxidiert und als CO₂ in die Atmosphäre abgegeben, zusätzlich zu der atmosphärischen Kontamination durch die Pestizide“, erklärt Grimm.

Denn auf den Ackerflächen werden Monokulturen ange-

baut, meist jährlich die gleichen. Wenn auf der östlichen Seite des Bruchfeldwegs auf den geplanten 8000 Quadratmetern eine Kita entstehen würde, dann würde dort nur ein kleiner Teil des Areals bebaut und befestigt. „Der sehr viel größere Teil soll naturbelassen sein“, sagt Grimm. Ziel sei, einen modernen Kindergarten zu bauen, mit moderner Umwelterziehung, wo ein Teil der Fläche zum Beispiel gärtnerisch genutzt werden könne. So würden dann nicht nur die Kinder,

sondern eben auch Insekten und andere Lebewesen profitieren, denn das Areal könne so zu einem dringend benötigten ökologischen Trittstein für Insekten werden.

Die Initiatoren des Bürgerbegehrens würden „eine rein auf eine maximale Biomasseproduktion ausgerichtete landwirtschaftliche Praxis als schützenswert verteidigen“, sagt Grimm. „Genau diese Wirtschaftsweise hat sich als der größte Vernichter der Artenvielfalt, vor allem bei Vögeln, Insekten und Amphi-

ESPENAU



bien in den letzten 30 Jahren erwiesen.“ Die Initiatoren des Bürgerbegehrens wollen indes verhindern, dass durch ein neues Baugebiet der Boden als Wasserspeicher weiter belastet wird und verloren geht. Dagegen argumentiert Grimm, „dass durch die intensive Nutzung von synthetischem Dünger und Pestiziden bei Regen ein permanenter Eintrag in den Sichelbach und nachfolgend in die Espe stattfindet“.

Damit wäre es dann, so sieht es Grimm, endlich vorbei, wenn der Kindergarten anstelle der Ackerfläche entstehen würde. Seine Hoffnung: Dass sich dann auch das natürliche Habitat des Bachs erholt und bald Kinder unbeschwert am Bachlauf spielen können.

Das Bürgerbegehren „Kein Neubaugebiet am Bruchfeldweg“ organisiert am Samstag, 12. Juni, von 15 bis 17 Uhr einen öffentlichen Aktionstag, an dem das geplante Baugebiet mit Traktoren umrundet werden soll.

Espenauer Fraktionen äußern sich zum Bürgerbegehren

Espenau – Seitdem die Gemeindevorteiler die Pläne für ein Neubaugebiet als Voraussetzung für den Kita-Neubau im Bruchfeldweg beschlossen haben, formiert sich dagegen Widerstand. Dabei war schon lange klar, dass irgendwann im Bruchfeldweg gebaut werden würde.

Bereits im November 2016 beantwortete Bürgermeister Carsten Strzoda eine Anfrage der FWG-Fraktion zur Ausweisung von Baugebieten in Espenau und nannte schon damals auch explizit die Fläche westlich des Bruchfeldwegs, um „die Wohnhausbebauung im Gemeindegebiet sinnvoll zu ergänzen“. Schon ab 2017 wurden die Flächen als Bauerwartungsland erworben, um dort irgendwann ein Baugebiet auszuweisen.

Die Fläche auf der östlichen Seite des Bruchfeldwegs ge-

hörte aber nicht dazu. Sie soll erst noch gekauft und die Kita laut Strzoda unabhängig vom Neubaugebiet gebaut werden. Auch deshalb herrscht in vielen Fraktionen Unverständnis über das Bürgerbegehren.

■ SPD

Der geplante Bürgerentscheid gegen den von der Gemeindevertretung beschlossenen B-Plan sei zwar zulässig, verzögere aber den notwendigen Neubau der Kita, heißt es vonseiten der SPD. „Im Herbst des vergangenen Jahres hat sich die SPD-Fraktion in mehreren Sitzungen intensiv und teilweise auch kontrovers mit verschiedenen Vorschlägen für einen neuen Kita-Standort beschäftigt“, sagt Fraktionsvorsitzender Volker Knebes. „Als die aus ökologischer, ökonomi-

scher und städtebaulicher Sicht sinnvollste Lösung hat sich dabei der Standort am Bruchfeldweg herausgestellt.“ Dort dürfe aber wegen der Lage im Außenbereich nur gebaut werden, wenn es dafür einen Bebauungsplan gibt. „Da ohnehin seit Jahren von den gemeindlichen Gremien geplant war, dieses Gebiet einer Wohnbebauung zuzuführen, war es nur folgerichtig, diesen Plan jetzt zu beschließen.“

■ CDU

Auch die Mehrheit der CDU-Fraktion sieht die Notwendigkeit, den überwiegend jungen Familien, die in Espenau nach Bauplätzen fragen, Möglichkeiten zu eröffnen, hier zu wohnen, heißt es vonseiten der Fraktion. Die Weiterentwicklung sei eine Voraussetzung, um die Infrastruktur

zu erhalten und weiterzuentwickeln. Handlungswiesend für das Votum der CDU-Fraktion war „zum einen die Überzeugung der Notwendigkeit des geplanten Kindergartens in diesem Neubaugebiet, zum anderen die Überzeugung, dass eine zielgerichtete und mit Augenmaß durchgeführte Erschließung von neuen Wohnmöglichkeiten langfristig die Attraktivität der Gemeinde Espenau sichert.“

■ FWG

Auch die FWG-Fraktion betont, dass der Kita-Neubau dringend erforderlich ist. „Wir haben uns ganz klar für eine optimale Kinderbetreuung zum Wohle der jungen Familien in Espenau ausgesprochen. Es wäre ein herber Rückschlag, wenn dies mit dem Bürgerbegehren verhindert oder verzögert wird“, er-

klärt Susanne Baberuxki, Fraktionsvorsitzende der FWG Espenau. Denn auch wenn die Initiatoren des Bürgerbegehrens nicht gegen den Bau der Kita, sondern gegen das Baugebiet seien, müsse ein kompletter Bebauungsplan aufgestellt werden, in dem das Baugrundstück für die Kita enthalten sei. „Nach dem jetzigen Kenntnisstand ist der Neubau der Kita ohne Baugebiet nicht umsetzbar.“

Für das Baugebiet bestimme keine Eile, betont Baberuxki. Bevor dort bei Bedarf eine Vermarktung beginne, werde sich die FWG dafür einsetzen, dass ökologische Gesichtspunkte beim Bau vorgeschrieben würden.

■ GLE

Einzig die Grüne Liste Espenau steht hinter dem Ziel des Bürgerbegehrens, den Auf-

stellungsbeschluss zum Neubaugebiet zu revidieren. „Diese Position haben wir seitens der Fraktion auch schon bei allen Abstimmungen dazu deutlich gemacht“, sagt GLE-Fraktionsvorsitzender Jörg Machill. Die Fraktion sei gegen die überleitete Versiegelung weiterer landwirtschaftlicher Flächen. Sie würden zukünftig eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung oder Nutzung der Fläche für Klima- und Naturschutzmaßnahmen unmöglich machen. „Es gibt aus unserer Sicht vorteilhaftere Nutzungsmöglichkeiten als zur Vermarktung neuer Bauplätze.“ Zum einen vermisst die Fraktion ein Gesamtkonzept der Ortsentwicklung, zum anderen fordert sie mehr Transparenz, wann, wie und wo neue Baugebiete entwickelt werden sollen.